

ADA - Austrian Development Agency  
z.Hd. Dr Martin Ledolter  
Zelinkagasse 2  
1010 Wien  
Martin.Ledolter@ada.gv.at

Wien, 20. März 2020

**Betreff: COVID-19 Krise – Auswirkungen auf entwicklungspolitische Projekte und entwicklungspolitische NRO**

Sehr geehrter Herr Dr. Ledolter,

wir alle sind von den Auswirkungen von COVID -19 und den der Pandemie Einhaltung gebietenden Maßnahmen mehrfach betroffen: menschlich, wirtschaftlich, finanziell, rechtlich, projektbezogen etc. Daher ist es umso wichtiger zu hören, dass die Regierung *Alles tun wird, um Arbeitsplätze zu sichern, Insolvenzen zu verhindern und Niemanden zurück zu lassen, koste es was es wolle (ZIB 2, 18.03.2020, BK Kurz, VK Kogler, BM Blümel)*. Neben Unternehmen und Wirtschaftsbetrieben sind auch zivilgesellschaftliche Organisationen betroffen.

Unsere 35 Mitgliedsorganisationen führen **jährlich 1.000 Projekte in 120 Ländern** der Welt durch, mit dem Ziel, Armut zu verringern, Leben zu retten, Menschen in Not zu helfen, nachhaltiges Wirtschaften zu fördern, zu sensibilisieren und - im Sinn der Agenda 2030 - Lebensperspektiven für alle Menschen zu ermöglichen. Gleichzeitig geben diese Organisationen rund **41.000 Menschen in Österreich Arbeit, wovon ca. 1.400** direkt im entwicklungspolitischen Bereich tätig sind.

Im Kontext von COVID-19 haben auch unsere Mitgliedsorganisationen Maßnahmen ergriffen, sowohl in Österreich (u.a. den Verordnungen der Bundesregierung folgend) und in den Partnerländern, um ihre Sorgfaltspflichten gegenüber ihren MitarbeiterInnen und betroffenen Menschen in Projektregionen einzuhalten sowie um die weltweiten Anstrengungen, die Pandemie zu bekämpfen, bestmöglich zu unterstützen. Zu den verordneten und ergriffenen Maßnahmen und deren teilweise auch existenzbedrohenden Konsequenzen zählen beispielsweise Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit (in Österreich und in Partnerländern), Probleme und Einschränkungen bei LieferantInnen und den Liefer-



ketten (vorwiegend in Partnerländern), Verzögerungen bei Projektabwicklungen, Spendenausfälle, Absage von Veranstaltungen und Weiterbildungen, Quarantäne und Isolationskosten sowie Kosten für die Rückholung von MitarbeiterInnen aus Projektländern.

Vor diesem Hintergrund haben unsere Mitgliedsorganisationen mehrfach Besorgnis und Unsicherheit in Bezug auf Projekte und Verträge mit der *Austrian Development Agency* geäußert. Daher ersuchen wir um baldige Klärung und entsprechende Kommunikation von staatlicher Seite. Im Hinblick darauf möchten wir **einige Punkte ansprechen und Vorschläge** einbringen:

### **Laufende Ausschreibungen**

Welches Prozedere ist bzgl. laufender Ausschreibungen geplant? Aufgrund der Einschränkungen, insbesondere auch aufgrund personeller Engpässe (z.B.: Betreuungspflichten, Krisenmanagement im In- und Ausland) <sup>1</sup> ersuchen wir um **Verlängerung der Einreichfristen bei laufenden Ausschreibungen** (z.B. Nexus-MENA Call, Call für Projekte der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit) bzw. **Nachreichungen zu ermöglichen**. Hilfreich in Zeiten von Beschränkungen der Bewegungsfreiheiten wären auch bürokratische Erleichterungen, etwa Akzeptanz elektronischer Unterschriften bei Verträgen oder Assessments.

### **Laufende Projekte**

Welches Prozedere ist bei laufenden Projekten vorgesehen, wenn es aufgrund der derzeitigen *Coronakrise* zu Hindernissen/Verzögerungen bei der vertragsmäßigen Projektdurchführung kommt (z.B. Erfüllung bestimmter Projektziele nicht möglich, Entfall von Aktivitäten)? Aufgrund der sehr volatilen Situation in Österreich und den Partnerländern (laufend neue Einschränkungen und Maßnahmen), können Implementierung, Projektabschlüsse und Berichtslegung recht plötzlich und unvorhersehbar lange behindert werden. Dabei fallen nicht geplante Kosten (z.B. Personal-, Reise- und Fixkosten) an.

- Wir ersuchen daher um **flexible und unterstützende Lösungen für Projektzeitverlängerungen mit zusätzlichem Budget**, um die nicht geplanten Kosten tragen zu können.
- Wir ersuchen um **flexible und unterstützende Lösungen in Bezug auf Abgabefristen/Deadlines bei Berichten und Reports** (Zwischen- und Endberichte), d.h. neue an die *Coronakrise* angepasste Fristen für Deadlines.
- Wir schlagen einen **Automatismus für Verlängerungen** inkl. Reporting und Deadlines je nach Dauer der *Coronakrise* vor.
- Wir ersuchen um Möglichkeiten, **Projekte und Budgets zu re-dimensionieren**, etwa im Hinblick auf Aktivitäten in Bezug auf die *Coronakrise* - entsprechend der Projektziele - beispielsweise Gewaltprävention während Quarantänen.

---

<sup>1</sup> Österreichische NRO und ihre Partnerorganisationen vor Ort sind durch die Eindämmungsmaßnahmen der Regierungen teilweise nur eingeschränkt handlungsfähig und durch zu leistende humanitäre Nothilfe Maßnahmen unter Druck.



- Wir ersuchen um **unbürokratische Lösungen** bei Projektverlängerungen, Budgetumwidmungen, (etwa bei nicht verbrauchten Reisekosten – aufgrund von Reiseeinschränkungen) und bei Re-Dimensionierungen von Projekten: beispielsweise die Akzeptanz elektronischer Unterschriften, oder der Versand von Kopien anstelle von Originaldokumenten.

### **Förderfähige und zusätzliche Kosten**

Aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie fallen ungeplante und zusätzliche Kosten an, beispielsweise Stornokosten für abgesagte Veranstaltungen und Reisen, Honorare für TraineeInnen oder ModeratorInnen für abgesagte Workshops, Rückholkosten für MitarbeiterInnen aus Partnerländern, Kosten für Sicherheit und Gesundheit von MitarbeiterInnen. Welches Prozedere ist dbzgl. geplant? Wir schlagen vor, zu prüfen, welche dieser zusätzlichen Kosten als förderfähige Kosten anerkannt werden können und ersuchen diese anzuerkennen. Wir ersuchen darum, ebenso anzuerkennen, dass bei Vertragsverlängerungen oder im Fall von der *Coronakrise* bedingtem temporär abgezogenem oder nicht eingesetztem Personal (etwa aufgrund von Vertragsverlängerungen, Kinderbetreuungspflichten, ausgesetzten Aktivitäten) trotzdem laufend Personal- und Fixkosten anfallen, die sich manche entwicklungspolitische NRO nicht leisten können und daher zu Insolvenzen führen können. Es braucht daher zusätzliche **Überbrückungsfinanzierungen für Personal- und Fixkosten** jenseits von Projektbudgets (ev. Nothilfefonds für entwicklungspolitische NRO ins Österreich).

Auch bei der Re-Dimensionierung von Projekten (z.B. Entfall bestimmter Kosten) wäre es wichtig, unterstützende Lösungen in Bezug auf nicht ausgeschöpfte Fördermittel zu ermöglichen, damit diese Mittel gegebenenfalls zur Finanzierung von Fix- und Personalkosten eingesetzt werden können, damit Strukturen aufrechterhalten werden können.

Wir schlagen vor, den **Eigenmittelanteil der FördernehmerInnen** im Fall von Projektverlängerungen oder Projektänderungen **zu verringern** und/oder das PBE zu erhöhen, um Kosten für Leistungen/Aktivitäten, die letztlich nicht durchgeführt werden konnten, für die aber Kosten angefallen sind, abzudecken. Aufgrund der aktuellen Situation sind viele Organisationen mit Einbrüchen bei ihren Eigenmitteln (z.B. Spendenrückgang) konfrontiert. Es wäre daher hilfreich, die bei laufenden wie auch neuen Projekten geforderten **Eigenmittelanteile zumindest vorübergehend zu reduzieren** bzw. zumindest auf individueller Ebene eine flexible Vorgangsweise zu finden.

### **Offene bzw. noch nicht unterschriebene Verträge**

Welche Auswirkungen hat die Situation auf die Bearbeitung anstehender Förderverträge seitens der ADA, die teilweise bereits verzögert ist? Wir ersuchen um umgehende Kommunikation an die betroffenen Einrichtungen, bis wann sie mit einem Vertragsabschluss rechnen können. Ebenso ersuchen wir um



**rasche Fertigstellung der offenen Verträge und rasche Auszahlung** der Mittel, da weitere Verzögerungen die ohnehin oft angespannte finanzielle Situation betroffener entwicklungspolitischer Organisationen - gerade in der derzeitigen Situation - weiter verschlechtert und zu Liquiditätsproblemen führen kann. Sollte es krisenbedingt zu weiteren Verzögerungen kommen, wäre es aus unserer Sicht wichtig, den betroffenen Einrichtungen **Zwischenfinanzierungen einzuräumen**, z.B. in Form von Bankgarantien.

### **Emergency Fonds zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie in Partnerländern**

Leider zeichnet sich ab, dass das Coronavirus auch Länder des Globalen Südens, inkl. Partnerländern der OEZA, massiv treffen wird. Die meisten Länder des Globalen Südens haben unzureichende Gesundheitssysteme (und wenig Möglichkeiten, notwendige Tests durchzuführen), wenig finanzielle Ressourcen, um gegenzusteuern und Armut ist besonders in LDCs weit verbreitet. Es ist daher auch im Interesse Österreichs, einen **Emergency Fond** zu dotieren, damit die Pandemie und ihre Auswirkungen auch vor Ort bekämpft werden können. Darin sollten Maßnahmen zur Stärkung eines inklusiven Gesundheitssystems, entsprechende barrierefreie Kommunikation und die Abfederung prekärer Lebenslagen von Menschen vor Ort gefördert werden. Auch dabei wiederum brauchen Projektpartner Partner in Österreich, die sie unterstützen können und Knowhow austauschen können. Leider ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen des Coronavirus weltweit eine erhebliche Armutssteigerung mit sich bringen und umfangreiche Mittel- und Langzeitfolgen haben werden. Wenn sich die Prognosen bewahrheiten, wird es dabei vielfach primär darum gehen, *basic needs* zu erfüllen, wobei unsere entwicklungspolitischen Mitgliedsorganisationen mit jahrelanger Erfahrung wertvolle Beiträge leisten können.

### **Informationen & AnsprechpartnerInnen**

Im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Lösung der Probleme ersuchen wir um **zeitnahe Informationen zu unseren Fragen und Vorschlägen** sowie um Bekanntgabe von AnsprechpartnerInnen seitens der ADA für Fragen dieser Art.

Zusammenfassend ersuchen wir Sie im Sinn der Aussagen der Bundesregierung, österreichische entwicklungspolitische NRO bestmöglich zu unterstützen, flexible und unbürokratische Lösungen zu ermöglichen, Finanzierungslücken zu schließen, Insolvenzen entwicklungspolitischer NRO in Österreich vorzubeugen und dazu beizutragen, **Arbeitsplätze in entwicklungspolitischen NRO zu sichern**. Im Interesse Österreichs, in Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen und Gesetze (z.B. EZA- Gesetz) sowie von hunderten Millionen von Menschen, die von der Pandemie weltweit betroffen sein werden, ersuchen wir Sie, die etablierten Strukturen zu erhalten und systemerhaltende Maßnahmen für das österreichische entwicklungspolitische Netzwerk zu setzen. Letztlich geht es wie in der Wirtschaft darum, Strukturen zu erhalten. Damit wir als entwicklungspolitische NRO die angesprochenen 1.400 Arbeitsplätze erhalten können und nach der *Coronakrise* wieder unsere Beiträge zur Armutsminderung leisten können.



Wir freuen uns, unsere Vorschläge mit Ihnen im Sinn gemeinsamer Lösungen zu diskutieren, stehen für Fragen und weitere Informationen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Mag.<sup>a</sup> Annelies Vilim  
Geschäftsführerin  
AG Globale Verantwortung

Kopien ergehen an: BM Alexander Schallenberg, GS Peter Launsky- Tieffenthal, Botschafterin Désirée Schweitzer, Andrea Schmid